

Arbeiter-Zeitung

Tagzeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Bogen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

24 Bogen monatlich (bei Haus 2.50 M., (Halbmonatlich 1.25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2.20 M. (ohne
Zugangsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition
Waldschloßstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfach Dresden Nr. 18 690, Dresdener Verlagsgesellschaft
Sektion: Dresden-2, Waldschloßstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtnachricht: Arbeiter-
Zeitung Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16 - 18 Uhr, Sonnabends 13 - 14 Uhr

Anzeigenpreis: Die normal gebaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0.35 RM. für Familien-
anzeigen 0.20 RM. für die Reklamenseite einschließlich an den dreißigsten Teil einer Zeile 1.50 RM.
Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Waldschloß-
straße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer
Sensibilität kein Anspruch auf Vorkauf der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 5. Juli 1928

Nummer 155

Aussprache über die Regierungserklärung

Die enttäuschten SPD-Wähler

Die Antwort der Kommunisten auf das erbärmliche Verhalten der Sozialdemokratie — Die Koalitionspolitik der SPD hat die Wahlniederlage des Bürgerblocks in einen Klassenkrieg der Bourgeoisie verwandelt

Berlin, 4. Juli. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Regierungserklärung, die Herrmann Müller am Dienstag für sein logen. Kabinett der Persönlichkeiten abgab, hat die sozialdemokratischen Arbeiter auf das tiefste enttäuscht. Zu offensichtlich sind darin die Interessen und Ansprüche der Trutzbourgeoisie verankert, zu schamlos die Forderungen der Arbeiterschaft preisgegeben! Das sehen auch die sozialdemokratischen Arbeiter.

Nun hat Herr Breitscheid in der am Mittwoch begonnenen Aussprache über die Regierungserklärung die wenig dankbare Aufgabe, die erbärmliche Rolle der Kanzler-Partei bei dem Zustandekommen dieser Regierung zu rechtfertigen und die SPD-Wähler draußen im Lande zu beruhigen. Ein vergebliches Bemühen.

Unwesentlich der demagogische Versuch Breitscheids, sich an der Politik der Kommunisten zu reiben, um seine schwache Position dadurch zu verdeden. Von Wichtigkeit waren seine Ausführungen, wo er offen zugeben mußte, daß der Weg der Koalitionspolitik nicht zum Sozialismus führt. Man muß dies festhalten, da diese Ausführungen im Widerspruch zu der allgemein üblichen Propaganda sozialdemokratischer Funktionäre stehen. Man muß diese Ausführungen deshalb festhalten, weil damit Breitscheid die Ausweglosigkeit der ganzen Politik der Sozialdemokratie selbst angezeigt hat, als er sich gezwungen sah, den enttäuschten sozialdemokratischen Arbeitern darzulegen, warum trotzdem die SPD-Führer das Bündnis mit den Bürgerblock-Parteien dem außerparlamentarischen Klassenkampf vorziehen.

Nimmt man zu diesen Ausführungen noch das armselige Gekramel des Vertreters der völkerverweidenden Sozialdemokratie darüber, was die Regierungserklärung alles enthalten würde, wenn die SPD nicht Kompromisse mit anderen Parteien „machen müßte“ und vergegenwärtigt man sich, mit welchem Übermut besonders der Vertreter der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz die Forderungen der Schwerindustrie erhob, wobei er nicht mit höhnischen Bemerkungen gegen die sozialdemokratische Fraktion sparte, dann weiß man, daß in dieser Regierung die Vertreter der Schwerindustrie den Ton angeben. Herr Breitscheid schloß mit einem Appell zu Taten der Regierung, da die Erklärung ja doch nur ein Stück Papier sei. Ein Narr, der auf solche Taten noch hofft, nachdem sie schon am Anfang so vollkommen fehlten.

Nach Breitscheid sprach Westarp, der trotz seiner oppositionellen Ausführungen seine Zufriedenheit mit der neuen Regierung Ausdruck gab, wie überhaupt die gesamte bürgerliche Presse mit ihrer Sozialdemokratie sehr zufrieden ist.

Westarp folgte, als Vertreter des Zentrums, Dr. Vertilius, der sich darauf beschränkte, eine Erklärung zu verlesen, was offensichtlich eine Brüstung der SPD bedeutete. In dieser Erklärung heißt es, daß das Zentrum vorläufig auf eine abschließende politische Stellungnahme verzichtet, da die jetzige Regierung nur eine Notlösung sei. Gleichzeitig wird in dieser Erklärung nachträglich eine Lange für den Bürgerblock des vergangenen Reichstages gebrochen. Es wird darauf hingewiesen, daß das neue Kabinett eine Reihe von Gesetzesvorlagen der Bürgerblock-Fraktion übernimmt. „Es liegt im Sinne politischer Wahrfähigkeit“, so steht es in der Erklärung des Zentrums, „wenn wir heute angesichts der entstellenden, agitatorischen Auswüchse im letzten Wahlkampf auf diese Tatsache ausdrücklich hinweisen“. Was sich besonders die Arbeiter merken sollen, da man nicht oft und laut genug feststellen kann, daß das Kabinett Müller faktisch die Politik des Bürgerblocks fortsetzt.

Die Stimme der Arbeiterklasse kam endlich in diesem Saale zum Wort, als Genosse Ewert die Rednertribüne bestieg, um im Auftrage der kommunistischen Reichstagsfraktion deren Stellungnahme zu der Regierungserklärung darzulegen. Er führte u. a. aus: Die Regierungserklärung ist nur zur Täuschung der Massen bestimmt. Zwei Taten der Regierung liegen aber schon vor. Das ist die Kohlenpreiserhöhung und das ist das ferocile Glückwunschsreiben Müllers an Hindenburg.

Die Sozialdemokratie hat durch ihre erneute Koalitionspolitik die Wahlniederlage der Bürgerblockparteien in einen Klassenkrieg der Bourgeoisie verwandelt. Die Kommunisten werden unablässig die wahre Rolle der Sozialdemokratie kennzeichnen. So wie die Unternehmer durch ihre Verbände außerparlamentarisch ihre Politik mit allen Mitteln ver-

treten, so muß auch die Arbeiterklasse durch die Mobilisierung ihrer großen Organisationen die Durchsetzung ihrer Tagesforderungen erzielen.

Gegenüber den Versuchen Breitscheids, die Politik der KPD zu diskreditieren und, um allen Arbeitern ein für allemal klar auf die Frage zu antworten, warum die KPD sich nicht an einer Regierung der kapitalistischen Republik beteiligte, führte Genosse Ewert aus, daß die Kommunisten der kapitalistischen Republik grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen, daß in einer Koalitionsregierung nur die bürgerlichen Parteien die Gewinner sind und die Kommunisten daher in keine Regierung dieses Staates eintreten. Sie betrachten es dagegen als ihre Aufgabe getreu den Lehren von Karl Marx, die breite Front der Arbeiterklasse herzustellen, mit dem Ziel der Herbeiführung revolutionärer Kämpfe zum Sturz der Bourgeoisie und zur Eroberung der politischen Macht. Das bedeutet aber nicht, daß die Kommunisten mit den Händen in der Tasche bis zu diesem Augenblick warten. In längeren Ausführungen erhob Genosse Ewert von dieser Stelle aus erneut alle dringenden Forderungen der Arbeiterklasse, und richtete einen Appell an die Massen, sich im außerparlamentarischen Kampf für diese Forderungen um die kommunistische Partei zu scharen.

Zur Außenpolitik, wie sie in der Regierungserklärung zum Ausdruck kommt, führte Genosse Ewert aus, daß auch hier die Sozialdemokratie die Bourgeoisie und den neudeutschen Imperialismus mit allen Mitteln unterstützt. Unter der Maske der Friedenspolitik vollziehen sich Blockbildungen der imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion, wie es auch in dem sogenannten Kriegskontingentspakt der Vereinigten Staaten zum Ausdruck kommt. Die Kommunisten erklären mit aller Deutlichkeit, daß die Periode der Kriege noch nicht abgeschlossen ist, wie es die Sozialdemokratie darstellen will. Wir stehen vor ernstlichen Kämpfen gegen die imperialistischen Kriegstreiber. Das Zeitalter des Imperialismus ist aber auch gleichzeitig das Zeitalter der proletarischen Revolution. Auch diese Koalitionsregierung wird in den Klassenkämpfen zwischen der herrschenden Klasse und dem Proletariat zertrümmert werden. Wir werden dafür sorgen, daß die Reformisten täglich den Verrat an ihren Interessen, den die Reformisten täglich begehen, durchschauen. Die Massen werden uns in steigendem Maße folgen. Nur die kommunistische Partei ist fähig, die wertvolle Bevölkerung aus dem Chaos und zum Sozialismus zu führen.

Im Anschluß daran sprach zuerst Dr. Scholz von der Deutschen Volkspartei; ihm folgten Haas, Gräfe und Reich.

Scholz interpretiert Hermann Müller

Berlin, 4. Juli. (Eigene Drahtmeldung.)

Eingangs der gestrigen Reichstags-Sitzung rügte der Präsident Lobe den Gen. Leow, weil er am Vortage ein Stück Wahlzettel auf den Tisch des Hauses gelegt und dadurch die Hausordnung verletzt habe. Offenbar hofft er noch immer, auch die Kommunisten zu milderen und höflicheren Parlamentsformen erziehen zu können. Paul Lobe ist Optimist. Warum — so sagt er sich — soll mir das nicht gelingen, nachdem die Bürgerlichen auch unsere Genossen so gut abgerichtet haben. Daß Hindenburg behentellos mit sozialdemokratischen Volksmännern diniert. Daß sogar vornehmliche Ministerialräte ihrer Haltung vor unserer schlichten Mitarbeit der Genossin Toni Sender mit einem galanten Handkuß Ausdruck geben, wie Mittwochnachmittag im Plenarsaal des Reichstags geschah.

Als ersten Redner schied die Sozialdemokraten ihren abermals verhinderten Außenminister Breitscheid vor. Die Wahlen haben, so führt er aus, die größte Niederlage der Deutschnationalen und den größten Gewinn der Sozialdemokraten gebracht. Natürlich ist auch die jetzige Regierung eine Koalitionsregierung, da die einzelnen Regierungsglieder sich auf das Vertrauen ihrer Fraktionen stützen müssen. Demgemäß atmet auch die Regierungserklärung den Geist der Koalition. Wir wissen wohl, daß der Sozialismus nicht mit einem Koalitionskabinett verwirklicht werden kann. Wir wollen lediglich durch unsere Beteiligung eine Erhebung der Lage der arbeitenden Klassen erreichen. Unsere Minister stehen unter ständiger Kontrolle (Jurist bei den Kommunisten; Der Deutschen Volkspartei). Wenn wir keine Rücksichten zu nehmen brauchen, würde die Regierungserklärung wesentlich anders aussehen. Besonders Vertrauen hegen wir zu dem Reichsinnenminister Seering (Jurist bei den Kommunisten; Der Stahlheimminister). Alle Regierungserklärungen sind jedoch nur ein Stück Papier, es kommt nur auf den Willen an, der dahinter steht.

Graf Westarp (Dnat.) stellt fest, daß in dem Wahlergebnis vor allem eine schwere bolschewistische Gefahr zum Ausdruck komme. Im übrigen habe Breitscheid eine mehr als zahme Zurückhaltung an den Tag gelegt. Redner schlägt vor, die Regierungserklärung amtlich zu verbreiten wie ein sozialdemokratischer Kanzler programmatisch über Landwirtschaft und andere Dinge reden könne, über Internationale, Klassenkampf und Verwandlung der kapitalistischen in eine sozialistische Republik sich in allen Tonarten auszuweihen kann. Im Weiteren prophezeit Westarp diesem Kabinett, daß er eine Sommerbühne nennt, nur eine kurze Lebenszeit.

3000 Leipziger Textilarbeiter im Streit

Nach 8 Stunden den Betrieb verlassen

Leipzig, 5. Juli. (Eig. Drahtmeldung.)

Nachdem für die sächsische Textilindustrie ein ständischer Schiedspruch gefällt wurde, verließ in einem der größten Leipziger Textilbetriebe, und zwar Tittel & Krieger, der eine Belegschaft von 3000 Mann hat, der größte Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen nach 8 Stunden den Betrieb. Die Arbeiter wollen den Kampf führen bis zur Erringung des Achtstundentages. Des weiteren fordern die Arbeiter sofortige Amnestie aller proletarischen politischen Gefangenen.

Der Zentrumredner Dr. Vertilius gibt eine Erklärung ab, wonach die jetzige Regierungsbildung als eine zeitliche Notlösung bezeichnet wird. Aus diesem Grunde steht keine Partei von einer abschließenden politischen Stellungnahme ab. Das Verhalten des Zentrums werde sich nach dem Verhalten der Regierung richten. Insbesondere in der Schulfrage werde die Zentrumskoalition seiner Lösung zustimmen, die nicht mit den grundsätzlichen Auffassungen des Zentrums abereinstimmt.

Genosse Ewert - Thüringen:

Der große Wahlerfolg der Sozialdemokraten und ihre Versprechungen den Wählern gegenüber steht in schreiendem Widerspruch zu dem, was wir jetzt erleben. Die ganze Regierungserklärung ist nichts weiter als eine Fortführung der Bürgerblockpolitik. Die erste Tat der Regierung war eine Kohlenpreiserhöhung. Mit Hilfe der Sozialdemokratie verwandelt die Bourgeoisie ihre Wahlniederlage in einen Sieg. In ähnlicher Weise hat bereits im Jahre 1923 die damalige große Koalitionsregierung die letzten Errungenschaften der Revolution beseitigt. Sogar die formale Demokratie wurde mit dem Ermächtigungsgesetz und dem Einmarsch der Reichswehrdivisionen in Sachsen und Thüringen zwecks Vernichtung der dortigen Arbeiterregierungen beseitigt. Mit Recht rühmte sich damals Herr Stresemann der Befehung der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokraten in der Regierung bilden eine spanische Wand, die den Massen die wirklichen Machtverhältnisse verhüllen soll. Vielfach wird an uns noch die Frage gestellt, warum nicht auch die Kommunisten in die Regierung eintreten, um die Sozialdemokraten vorwärts zu treiben. Die kommunistische Partei steht aber diesem Staat und seiner Politik völlig ablehnend gegenüber. Mit Hilfe der Sozialdemokratie hat sich die Bourgeoisie und zwar Monarchisten und Republikaner, in dieser kapitalistischen Republik zusammengeschlossen. Die Sozialdemokratie hat ihrer Koalition zuliebe selbst den Achtstundentag preisgegeben. Dem jetzigen Arbeitsminister Wiesel geht ein Ruf als Streikabwärtiger aus seiner Praxis als Schlichter voraus. Demgemäß wird keine Politik als Arbeitsminister nur eine Fortsetzung der des früheren Reichsarbeitsministers Brauns sein.

Sogar die Arbeiterpartei bewegt sich in der Sozialdemokratie, lediglich, um die Arbeiterpartei vom Klassenkampf zu isolieren. Das Lohnsteuergesetz wurde mit Hilfe der SPD eingeführt. Vom Ausbau des Reiches ist nichts zu hören, von der Erhöhung der Sozialrenten ist ebenfalls nichts zu hören. In der Regierungserklärung, wie bereits des geplanten Panzerkreuzers. Auch die Amnestie hat die Sozialdemokratie im letzten Reichstag verhindert.

Den heutigen Zentralkonferenzen steht die kommunistische Partei ablehnend gegenüber, da sie nur einer Stellung des kapitalistischen Staatsapparates gegenüber der Arbeiterschaft dienen. Die Reichswehr und die militärisch angeordnete Schupo dient lediglich der Verfolgung der Arbeiterklasse, die Klassenjustiz der Verfolgung aller selbständigen Regimenter im Proletariat dient. Wir verlangen vor allem die Beseitigung der Arbeiterpartei in der Regierung und die jetzigen Regierung mit dem Reichsaussenminister Stresemann abzuschaffen. Als einziges Ziel die Beseitigung des deutschen Reiches gegen die Sowjetunion.

Die neue Regierung plant Abschaffung der Lohnsteuer (Jurist bei den Sozialdemokraten). Und in Sowjetrußland diese Seite täuscht uns nicht darüber hinweg, daß die in Zeiten des Bürgerkrieges nicht über Paragrafen hinweg, sondern massenhaft wiederum die Arbeiter